



Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 2346
Telefax (0211) 884 – 3341

eMail jostmeier@landtag.nrw.de

Düsseldorf, **Stand: 18. Mai 2006**

am 22. Mai jährt sich der Tag des "historischen" Wahlsieges der CDU in Nordrhein-Westfalen. 39 Jahre sozialdemokratischer und rot-grüner Politik, die das Land auf allen wichtigen Politikfeldern auf die letzten Plätze abrutschen ließ, wurden durch die Wähler beendet.

Hiermit stelle ich die von der neuen CDU-FDP Landesregierung NRW bereits vollzogenen () bzw. vorbereiteten (#) wichtigsten Maßnahmen als*

Jahresbilanz der CDU/FDP Landesregierung

auszugsweise chronologisch zusammen (kein Anspruch auf Vollständigkeit!).



Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Nie zuvor wurde nach einem Regierungswechsel in einem Jahr so viel auf den Weg gebracht.



Wir haben vor der Wahl angekündigt, was wir nach der Wahl tun. Nie zuvor war eine Regierungsbilanz so deckungsgleich mit einem Wahlprogramm.



Nie zuvor hat eine Landesregierung in solch einem neuen Politikstil, geprägt von Vertrauen, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Harmonie, Politik gestaltet.



Der Stimmungsumschwung in der Wirtschaft beflügelt auch den zustimmenden Optimismus der Menschen.

NRW kommt wieder!



I. Bereich Bürokratieabbau

1. Reduzierung der Landtagsausschüsse von 24 auf 16 *
2. Lineare **Personal-Reduzierung** um jährlich 1,5 % in allen Verwaltungen (Ausnahme: Polizei, Justiz, Schule)
3. Reduzierung der Möglichkeiten der **Verbandsklagen** #
4. Verzicht auf Beteiligung der Bez.-Reg. bei Vorhaben im Außenbereich nach §§ 34, 35 BBauG; Entscheidung durch Kommunen *
5. Reduzierung der **Bewilligungsbehörden** (z. Z. 89) im sozialen Wohnungsbau #
6. Abschaffung nahezu aller (13 von 15) "**Landesbeauftragten**" (z.B. Dienstrecht, Eine-Welt, Forstwesen, Benelux, Islam, Schulsport, Kfz., "Gender" usw.) bis auf Behinderte und Integration *
7. Überprüfung (mit dem Ziel der Abschaffung) der 38 "**Sonder-Initiativen**", wie "Go", "Move", "Senior-Coaches", "Corporate Citizenship" usw. mit dem Ziel der Integration in die zuständigen Ministerien; #
8. Durchbruch bei der **Föderalismusreform** unter NRW-Führung mit Entflechtung der Bund-Länder-Kompetenzen: *
 - a. Zustimmungspflicht des BuRates von ca. 2/3 auf 1/3 reduziert;
 - b. Abbau der Mischfinanzierungen; Abschaffung der Rahmengesetzgebung;
 - c. Bündelung und Stärkung des Bundes bei Terrorismusbekämpfung;
 - d. Rückübertragung (alleinige Zuständigkeit) auf Länderkompetenz bei:
 - Hochschulpolitik, Umweltrecht, Strafvollzug, Versammlungsrecht;
 - Beamtenrecht: Dienst-, Besoldungs- u. Versorgungsrecht;
 - Ladenschluss, Öffnungszeiten Biergärten, Volksfeste usw.
9. Bundesratsinitiative zur **Entrümpelung des Baurechts**: Mittelgroße Anlagen mit geringer Umweltbelastung unterliegen ab Mitte 2006 nur noch dem Bau- und nicht mehr dem Immissionsrecht, d. h. z. B.: Kommunen entscheiden allein über Ställe bis zu 1500 Schweinen, 250 Rindern oder 15000 Hühnern. *
10. Aufhebung des (rein deklaratorischen) **Mittelstands-Gesetzes** von Juli 2003 *
11. Abschaffung der produktbezogenen Zeiterfassung für 45.000 Polizisten *
12. Abschaffung des "**Elternbeitragsdefizit-Ausgleichsverfahren**"; mit Abschaffung dieses bürokratischen Monsters erhalten die Kommunen die Möglichkeit, flexibel, bürgernah mit sozialer Staffelung, KiGa-Beiträge selbst zu gestalten, können jedoch auch gezwungen sein, diese zu erhöhen oder selbst zu tragen. #
13. Einstieg bei **Behördendurchforstung** bzw. -abschaffung:
 - Eingliederung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf in OFD Köln; 120 frei werdende MA werden gegen Steuerbetrug eingesetzt. #
 - Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes in Wuppertal #
 - Auflösung der amtlichen Prüfstelle für Feuerlöscher in Telgte. *
 - Einleitung zur Privatisierung des Materialprüfungsamts und des Meß- und Eichwesens. *
14. Jeden Monat wurde eine Behörde abgeschafft *

15. **Einstieg in die Verwaltungsstrukturreform:** Abschaffung von 46 Landes-Sonderbehörden; („Zwischenparken“ bei der Bez.-Reg.)#
 - Ende des "Königreichs Höhn" mit 36 Sonderbehörden
 - Referate der Versorgungskasse werden kommunalisiert (wie bis 1973)
 - Alle staatlichen Aufgaben werden bis 2012 auf den Prüfstand gestellt:
 - * was kann ersatzlos entfallen?
 - * was kann privatisiert werden?
 - * was kann kommunalisiert werden?
 - * was kann in drei Regional-Behörden gebündelt werden?
 - Betriebsbedingte Kündigungen finden nicht statt.
16. **Standardbefreiungsgesetz**, um den Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung #
 - unter anderem bei Personal-, Sach-, und Verfahrensstandards im Einzelfall wirksam zu vergrößern;
 - belastende Standards auf den Prüfstand zu stellen und
 - neue Formen der Aufgabenerledigung zu erproben
17. Nordrhein-Westfalen beteiligt sich an einem Pilotprojekt der Bertelsmann-Stiftung zur genauen Feststellung von **Verwaltungskosten** zu Lasten der Wirtschaft durch Berichte, Statistik und Informationspflichten usw.

II. Bereich Bau + Verkehr

1. Unverzügliche Weiterplanung, Auftragsvergabe bzw. Baubeginn zahlreicher „schlafender“ **Ortsumgehungen** (B 67 n, B 474n, B 70 n, Umgehungen Warendorf, Freckenhorst, Beelen, Rheda-Wiedenbrück *)
2. Neue Betriebsgenehmigung für **Flughafen Düsseldorf:**
 - 9000 zusätzliche Starts und Landungen
 - 3.000 neue Arbeitsplätze in der Region (davon 1000 noch in 2006) *
3. Ausbau Start- und Landebahn **FMO** *
4. Aufhebung der **400 qm-Begrenzung** bei Eigenheimförderung*
5. Entschlackung und Überprüfung des LaPlanungsG #
6. Abschaffung der **Fehlbelegungsabgabe** bis 2009 für 250.000 Wohnungen; in 2006 für 20.000: Vermeidung von Getthos mit Sozial-Schwachen; *
7. Zusätzlich: 1 Mrd. zur Fertigstellung von Landstraßen und OUn bis 2015 *
8. Abkehr von der einseitigen Priorisierung der Schiene; **Berücksichtigung des ländlichen Raumes:**
 - Straßen, insbes. die Busversorgung im ÖPNV können bevorzugt werden; *
 - Integr.VerkehrsGesamtPlanung (IVGP): Von 241 Projekten fallen 139 in den westf. Landesteil. *
9. Eindämmung der **Stadtflucht** durch "Stadtbonus" und Familienförderung *
 - In 32 Ballungsräumen (u. a. Münster) gibt es ein zusätzliches Darlehen von 20.000 € zu 2 %;
 - Familien-, senioren- und behindertengerechte Bestandserhaltung;
 - Familien erhalten zusätzliche zinsgünstige öffentliche Darlehen.
10. Vorziehen des Ausbaus der Bahnstrecken Münster-Gronau und Münster-Coesfeld mit zwei neuen Haltepunkten in Roxel und Mecklenbeck. Landesfinanziert mit 25.7 Mio. EUR.

III. Bereich Mittelstand, Wirtschaft

1. Stopp des **Wildwuchses bei Windkraft**; größerer Abstand (bis 1500 m möglich) zur Wohnbebauung; Planungshoheit der Gemeinde z. B. bei Höhenfestsetzung wieder hergestellt. WEA-Bau ist wieder „Eingriff“ *
2. Bergbau: Halbierung der Kohlesubvention bis 2010 *
Kein weiterer Kohleabbau unter dem Rhein*
Stilllegung Walsum bereits zum 30. 6. 08, keine Deicherhöhungen*
3. Qualitätsstandards bei Selbständigkeit ohne Meisterzwang *
4. Lockerung des **Vergaberechts**, d. h.: mittelstandsfreundlichere Gestaltung der VOB: größere Chancen für private, heimische Wirtschaft durch Ausschreibung mit Fach- und Teillosen oder durch Wartung; #
5. Überprüfung des § 107 GO auf mittelstandsgerechtere Regelung bei Konkurrenz mit kommunalen Betrieben. #
6. Aufhebung des **Tariftreugesetzes** von Dez. 2002. *
7. Bundesratsinitiative: Betriebsverlagerungen ins Ausland werden nicht zusätzlich mit EU-Strukturhilfen und somit deutschen Steuergeldern gefördert *
8. Erleichterung der GmbH-Gründung; Eintragung ins Handelsregister innerhalb von 3 Tagen; #
9. Aufstockung der **Meistergründungsprämie** um 2 Mio. € ab 2006. *
10. **Forschungsanstrengungen** von Staat und Wirtschaft sollen bis 2015 auf 3 % des BIP erhöht werden (NRW 2003: 1,8 % aber 3,3 Mrd. für Kohlesubvention; Ba-Wü.: 4 %, Bayern 3 %, bundesweit 2,6 %) *
11. Neues "**Max-Planck-Zentrum** für Systembiologie" in Dortmund zur ganzheitlichen Bekämpfung von Krebs, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. *
12. Konzentration und Entbürokratisierung der 38 verschiedenen **Branchenförderprogramme**

IV. Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

1. Umsetzung von **EU-Vorgaben nur noch 1 : 1**; kein „Draufsatteln“ *
(z. B. FFH, Uferrandstreifen; LegehennenVO; Wasserrecht usw.) *
2. Aufhebung des „**Kuschelerlasses**“ (SchweinehaltungsVO) *
3. Änderung der LegehennenVO #
4. Weniger Staat: Stärkung der berufsständischen Selbstverwaltung
Bestandssicherung der **Landwirtschaftskammer** mit Beachtung der verstaatlichten Forstverwaltung. #
5. Aussetzung der **7-Jahres-Frist** für die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude bei Unterbrechung einer Hofbewirtschaftung *
6. Neue **Düngeverordnung** auf Bundesebene, im wesentlichen herbeigeführt durch die nordrhein-westfälische und niedersächsische CDU *
7. Änderung **LandschGesetz**: nicht mehr 60 - 70 % einer Bauernschaft müssen Landschafts-Schutz-Gebiet werden.; *
z. B. neben Trasse für A 33 (Bielefeld) 350 ha Ausgleichsfläche;
Folge: astronom. Pachtpreise; Kreditwürdigkeit der Höfe
8. Verhandlungen mit der EU zur effizienteren Bekämpfung der **Schweinepest** und sozialverträglichen Ausgleichen für betroffene Landwirte

V. **Bereich Bildung**

1. Beginn der **Einstellung von zus. 4.000 Lehrern**, je 1.000 in 2005 und 2006 *
2. "Geld-statt-Stellen"-Topf um 20 Mio. € aufgefüllt, entspr. 1.000 neue Lehrer *
3. Konferenzen, Sprechtag, Weiterbildung außerhalb der Unterrichtszeit *
4. Halbjahres-Zeugnis im 3. Schuljahr *
5. "**Kopfnoten**" für Arbeits- und Sozialverhalten
6. Keine Zigaretten, Maßnahmen gegen Drogen und Gewalt an Schulen*
7. **Kopftuchverbot** für muslimische Lehrerinnen unter Beibehaltung christlich jüdischer Symbole zum 1. Aug. 2006 *
8. **Horte** werden in 2006 weiter mit 42 Mio. € gefördert. *
Röt-Grün wollte die Horte abschaffen.
9. Einführung von nachgelagerten **Studienbeiträgen** zum WS 2006 *
10. Rücknahme der einseitigen Kürzungen für die 422 **Privat- und Ersatzschulen**; den Schulen in freier Trägerschaft werden 15 Mio. € zur Verfügung gestellt. *
11. Alte, durch Pensionierungen frei gewordene Stellen wurden wiederbesetzt (entspricht 2.400 Stellen) *
12. Das Fach Naturwissenschaft wurde nicht wie von Rot-Grün beabsichtigt eingeführt. Es bleibt bei den Einzelfächern Chemie, Physik u d Biologie*
13. Quantitative und qualitative Verbesserung des Angebotes an **Ganztagschulplätzen**:
 - im Nachtragshaushalt 2005 8 Mio. Euro für Grundschulbereich*
 - ab dem 01. Februar 2006 Schaffung von 14.000 Plätzen an Hauptschulen (Kosten: 16 Mio. Euro). Bis 2010 werden 50.000 Plätze geschaffen (Kosten 40 Mio. Euro).*
 - 620 zusätzliche Plätze an Hauptschulen in 2006*#
14. Ab 2010 wird es **zentrale Abschlussprüfungen** geben*
15. Der **Drittelerlass** ist aufgehoben (Kabinettsbeschluss vom 29.11.2005)
16. Eckpunkte neues **Schulgesetz**: #
 - a) **Selbständige Schule** (Verantwortung + Freiheit, weniger Gängelung):
 - Schulleiter wird von Schulkonferenz auf 8 Jahre gewählt
 - Schulträger mit zustimmen, Ablehnung nur mit 2/3 Mehrheit
 - stellen Lehrer selbst ein
 - Stellen- und Sachmitteletat
 - b) Stärkung der **individuellen Förderung**,
 - c) **Sprachtests** mit 4: wer nicht deutsch spricht, wird nicht eingeschult
 - Teilnahme an Förderkursen ist Pflicht
 - bei Weigerung droht Bußgeld
 - Mittel für Sprachförderung werden von 7,5 auf 17,65 Mio. € erhöht, da 35% aller Migranten- u. 10% aller dt. Kinder Sprachschwierigk. haben
 - d) Weitere 4,5 Mio. € für ein "Sonderprogramm für Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten"; ab 30 % Ausländeranteil: zusätzliches Personal: 600 Stellen für **Brennpunkt-Grundschulen**
 - e) **Grundschulempfehlungen** der Lehrer entscheidend
 - in Kernfächern Notenschnitt von 2,5
 - bei Dissens: Aufnahmeprüfung
 - 93 % der Lehrerempfehlungen zutreffend
 - Reduzierung der 15.000 Herabstufungen im Jahr,
 - f) Abitur nach 12 Jahren

- g) **Durchlässigkeit** von Haupt- und Real-Schulen nach jeder Klasse
 - h) **Stärkung der Lehrer/Innen-Rechte:**
 - Effizientere Disziplinarmöglichkeiten
 - Stärkere Überwachung der Schulpflicht
 - Zwangsmaßnahmen gegen Eltern von Schulverweigerern
 - Dokumentation des außerschulischen Engagements
 - Abschaffung der Drittelparität in Schulkonferenz:
50 % Lehrkräfte; je 25 % Eltern und Schüler
 - i) Abschaffung der **Schulbezirke** für Grund- und Berufsschulen ab 2008
 - Anspruch auf nächstgelegene Schule
 - Fahrtkosten für weitere Schulen tragen Eltern
 - keine Mehrkosten für Kommunen
 - j) Fortbestand kleiner **wohnnaher Schulen**, u. U. durch Bildung von Stammschulen und Außenstellen mit einheitlichem Kollegium und Verwltg.
 - k) Sicherstellung **eines verlässlichen Unterrichts**
 - 1.000 zusätzliche Lehrerstellen 2006,
 - Verlängerung von 1.500 Lehrerzeitverträgen
 - 900 neue Stellen als Vertretungsreserve in den Grundschulen
 - 210 Stellen für Ganztagsbetrieb an Grund- und Hauptschulen
17. Landesinstitut für Schule in Soest (110 Lehrerstellen) wird halbiert und neu ausgerichtet #
18. Neues **Hochschulfreiheitsgesetz**: Unis und FHs erhalten ein Höchstmaß an Entfaltungsfreiheit, um sie leistungs- und wettbewerbsfähiger zu machen: *
- Freiheit von Forschung und Lehre: Hochschulen werden als Körperschaften des ö. R. selbständig; sie sind keine staatl. Einrichtungen mehr.
 - Echte Autonomie: Eigenverantwortung für Personal-, Finanz- und Organisationsentscheidungen
 - Verlässliche staatl. Hochschulfinanzierung.
19. "Zukunftspakt" mit den 33 staatl. NRW Hochschulen: bis 2010 ist die Finanzierung mit jährlich 2,8 Mrd. EUR festgeschrieben.
20. Alle Schulen werden vom kommenden Schuljahr einer professionellen **Qualitätskontrolle** unterzogen; die Schulen erhalten Rückmeldungen mit Stärken- und Schwächenanalysen*
21. Insgesamt geben wir in 2006 261 Mio. € mehr für Kinder u.. Jugendliche aus als in 2005. *

VI. Bereich Arbeit und Soziales

1. Rückkehr zu Rechtmäßigkeit und Vertrauensschutz bei den **Krankenhaus-**Investitionen; Ausfinanzierung der 600 Mio € bis 2011 über den Haushaltsansätzen (170 Mio) von Rot-Grün pro Jahr erteilten Bewilligungsbescheide in Höhe von 250 Mio. *
2. Zum 1. Nov. Einführung eines **Werkstattjahres** mit 2 Berufsschultagen für arbeitslose Jugendliche ohne Lehrstelle und für ca. 25.000 junge Menschen, die mit einer klassischen Lehre überfordert sind, um beiden Gruppen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. *
3. Erhöhung der Mittel für **überbetriebliche Ausbildung** um 2 Mio €. *
4. Schaffung von 1.000 neuen Schul- und Ausbildungsplätzen in der Altenpflege läuft planmäßig: 600 zum 1. 10 2005; 400 weitere zum 1. 1. 2006 *
5. Schaffung von "Jungtäterabteilungen" im Strafvollzug zur besseren Resozialisierung (schulisch und beruflich) der 21 - 26-Jährigen *
6. Maßnahmenbündel zur **Schaffung neuer Lehrstellen**: *
 - a) Abschaffung des 2. Berufsschultages für zahlreiche Handwerksberufe im zweiten und dritten Lehrjahr;
 - b) zweijährige Ausbildungswege für praktisch begabte und theorieschwache Schulabgänger;
 - c) schulische Ausbildungsangebote für unversorgte "Altbewerber"
7. Fortführung des Programms "Jugend in Arbeit Plus"
(2006/2007: 46 Mio. € EU- und Landesmittel)
8. Einführung eines **NRW Kombilohn-Modells** im Sozialwesen für Langzeitarbeitslose durch Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge aus staatlichen Mitteln.*
9. Rückkehr zur Förderung der zentralen Aufgaben und der kontinuierlichen, substantiellen verbandlichen **Jugendarbeit**;
Abschaffung des 60 : 40-Verhältnisses zugunsten von Projekten (neu: 80:20); Aufstockung der offenen Kinder- und Jugendarbeit.
10. Festschreibung der Zuschüsse im **Landesjugendplan** bis 2010, so dass die Jugendorganisationen Planungssicherheit haben. *
11. Verstärkter Kampf von Missbräuchen in der Arbeitslosenverwaltung durch
 - verschärfte Kontrolle durch die Arbeitsagenturen #
 - Beweislastumkehr bei eheähnlichen Gemeinschaften #
12. Durch Förderung des **betreuten Wohnens** mehr Eigenständigkeit für Behinderte in der eigenen Wohnung bzw. in der vertrauten Umgebung #
13. Als erstes Bundesland: Beginn des Aufbaus von 250 "**Familienzentren**" in allen 178 Jugendamtsbezirken. Neben Kinderbetreuung werden Erziehungshilfen und Sprachförderung angeboten. *
14. Zur Stärkung Bildungsauftrages der Kindergärten:
23 Mio. € für einen "Aktionsplan frühkindliche Förderung" *

VII. Haushalt + Finanzen; Inneres + Justiz

1. **Kassensturz im Landeshaushalt:**
 - Umsetzung des Verfassungssatzes von Haushaltsklarheit und -wahrheit *
 - Aufdeckung von Schattenhaushalten und verdeckten Schulden beim BLB *
2. Verzicht auf Schaffung von 12 bzw. 16 neuer großer Polizeipräsidien;
Beibehaltung der ortsnahen Landratslösung bei Polizeiführung *
3. Bürokratieabbau bei der **Polizei**: #
 - Ausgliederung der Autobahnpolizei aus RPn und Anschluss an 5 PolPräs.
 - Unterstellung der Wasser-Schutzpolizei dem Duisburger Polizeipräsidium
 - dadurch: weniger Verwaltung, 145 Polizeibeamte mehr im Streifendienst;
4. **Eckdaten Haushalt 2006**: weniger Schulden - mehr Lehrer - weniger Staat #
 - a) Volumen 48,5 €
 - b) (Rot-Grüne Erblast: 112,2 Mrd. Schulden, 13 Mio € Kapitaldienst täglich)
 - c) Stellenabbau bei Landesverwaltung um 2.520 Planstellen, #
 - d) Realisierung von rund 3.100 KW-Vermerken
 - e) Reduzierung der Landesförderprogramme um 165 Mio. €
 - f) Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen (fast 1 Mrd. €)
 - es trifft alle; jeder wird es merken
 - Regierung selbst: Min. + Staatssekretäre: Kein Weihnachtsgeld
 - Fraktionen: 0,5 Mio. €, entspr. 2.500 € pro MdL
 - Nullrunde für Beamte
 - g) Gesamtsumme der Einsparungen: 1,26 Mrd. € (=2,5%)
 - h) Abbau der Neuverschuldung von 7,4 Mrd. € (2005) auf 5,8 Mrd. (2006);
Höhere Steuereinnahmen werden konsequent zur Senkung der Netto-
Neuverschuldung eingesetzt, d.h. Senkung für 2006 von 5,9 Mrd. € auf 5,6
Mrd. € *
 - i) Landesjugendplan bleibt mit 75 Mio. unangetastet,
 - j) Verbundsatz im GfG bleibt unangetastet
5. Kommunen können wieder **Öffnungszeiten** für Biergärten,
Sportübertragungen usw. und Traditions- und Brauchtumsveranstaltungen
auch über 24.00 Uhr hinaus genehmigen. *